

# 10 Euro Mindestlohn

DIE LINKE will den gesetzlichen Mindestlohn. Schon seit Jahren treten wir dafür ein. Ohne Wenn und Aber. In Frankreich beträgt der Mindestlohn 8,82 Euro und in Luxemburg 9,49 Euro. Deutschland ist ein reiches und vor allem hochproduktives Land. Deshalb ist ein Mindestlohn von 10 Euro auch möglich! Das Statistische Bundesamt meldet vor Kurzem, dass die Niedriglohnschwelle bei 9,85 Euro liegt. DIE LINKE meint: Auch deshalb muss das Ziel ein Mindestlohn von 10 Euro sein.

## Ursachen der Armutslöhne bekämpfen

Unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit und der Agenda 2010 erodierte in vielen Bereichen die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften – so wuchs der Hunger- und Niedriglohnbereich. SPD und Grüne sind in Tateinheit mit CDU/CSU/FDP für diese Politik verantwortlich. Sie haben Befristungen und Leiharbeit „liberalisiert“, Hartz IV eingeführt. Wenn die SPD heute auch für den Mindestlohn eintritt, dann versucht sie damit nur die Auswirkungen ihrer eigenen verhängnisvollen Politik zu begrenzen.

DIE LINKE geht weiter. Über den Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn hinaus müssen die Ursachen für Niedriglöhne und Lohndumping angegangen werden. Das heißt Kampf gegen Hartz IV, Leiharbeit, Befristungen und Minijobs. Für wirklich Gute Arbeit!

**Knüppel Hartz IV:** Durch den weitgehenden Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes wird massiver Druck auf die Löhne, auf Tarifverträge ausgeübt. Erwerbslose werden gezwungen, praktisch jede Arbeit zu beliebig niedrigen Löhnen anzunehmen. Die Wirkung geht aber viel weiter. Alle Beschäftigten wissen, was ihnen droht, wenn sie ihren Job verlieren. Zuerst gerade ein Jahr – vielleicht auch ein paar Monate länger – Arbeitslosengeld I und dann der freie Fall in die Armut. Dies hat eine ungeheure disziplinierende Wirkung! So besteht häufig die Bereitschaft länger zu arbeiten und Lohnverzicht hinzunehmen. Durch diesen Mechanismus bewirkt das Arbeitslosengeld II ein massives Lohndumping.

Das Arbeitslosengeld II muss auf 500 Euro im Monat angehoben und repressionsfrei gewährt werden. Und es muss wieder einen hinreichenden Schutz durch Zumutbarkeitsregelungen geben. Die *berufliche Qualifikation* muss geschützt werden. Das *Einkommen* darf nicht unterhalb der einschlägigen Tarifverträge oder des ortsüblichen Lohnes liegen. Und die Anforderungen an die *Mobilität* müssen begrenzt sein.

**Knüppel Leiharbeit:** 800.000 Beschäftigte in Leiharbeit gab es noch Mitte 2008. Sie waren die ersten Opfer der Krise, indem die einfach „abbestellt“ wurden. Hundertausenden ist dann von ihrem Verleiher gekündigt worden bzw. Befristungen sind ausgelaufen.

Rund die Hälfte aller neugeschaffenen Jobs im Aufschwung 2007 waren Leiharbeitsjobs. Der Grund: Sie sind für Unternehmer billiger. Und geliehene Beschäftigte können leichter „entsorgt“ werden. Besonders skandalös ist, dass viele Unternehmen eigene Leiharbeitsfirmen gegründet haben. Scheinbar großzügig wird Entlassenen in der Leihfirma ein Job angeboten.

---

Nicht selten finden die Betroffenen sich auf ihrem alten Arbeitsplatz wieder. Häufig mit dem halben Stundenlohn.

DIE LINKE will die Begrenzung der Leiharbeit. Durch Gesetz! Wir wollen Leiharbeit zu einem voll abgesicherten Arbeitsverhältnis machen. Leiharbeitsfirmen dürfen ihre Beschäftigten nur unbefristet beschäftigen. Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen sollen für gleiche Arbeit nicht nur die gleiche Bezahlung wie die Stammbesetzung erhalten, sondern sie sollen zusätzlich einen Flexibilitätsbonus. Dieser kann auch durch freie Tage abgegolten werden.

**Knüppel Befristung:** Die „Liberalisierung“ der Befristungen hat eine lange Geschichte. Bereits Ende der 80er Jahre wurde sie durch Blüm eingeleitet. Die SPD hatte vor 1998 die Begrenzung der Befristungen versprochen. 2001 ist das Gegenteil gemacht worden. Tabula rasa! Weitgehende Liberalisierung für die Unternehmer. Generell müssen Befristungen wieder auf das sachlich Notwendige beschränkt werden.

**Knüppel Minijobs:** Die Zahl der Minijobs stieg seit 2003 um fast zwei Millionen an. Vor allem im Einzelhandel wurden in den letzten Jahren zigtausende von sozialversicherten Arbeitsplätzen vernichtet. Das Resultat war Lohn- und Sozialdumping. Scheinbar fördert der Staat die Beschäftigten, denn diese zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge. Tatsächlich subventioniert er die Unternehmer, denn diese kürzen die Bruttolöhne. Die Beschäftigten schauen vor allem auf das Nettoeinkommen. Über 70 Prozent der Minijobber/innen haben Niedriglöhne mit weniger als 7,50 Euro. Generell müssen Minijobs wieder in reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführt werden.

### **Arbeitslosengeld II ist auch Kombilohn!**

Rund drei Millionen Menschen verdienen so wenig, dass sie eigentlich einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Leistungen durch das Arbeitslosengeld II haben. Nur 1,3 Millionen erhalten tatsächlich zusätzliche Unterstützung. Viele wissen von ihrem Rechtsanspruch nichts und manche machen ihn aus Scham nicht geltend. Vielen wird die Zahlung verweigert, da sie noch über „Schonvermögen“ verfügen. Die 50jährige Verkäuferin mit einem Hungerlohn wird dann darauf verwiesen, dass sie erst einmal ihr Ersparnis weitgehend aufbraucht. Ein Skandal ist es, dass rund 500.000 Beschäftigte, die zusätzliches Arbeitslosengeld II erhalten, in Vollzeit arbeiten!

Immer mehr Unternehmer nutzen den Kombilohn Arbeitslosengeld II aus, um Armutslöhne noch weiter zu drücken. 100 Euro weniger Lohn vom Arbeitgeber bedeuten bei Arbeitslosengeld II-Empfängern nur einen Verlust von 20 Euro im Portmonee, weil das Arbeitslosengeld II steigt. Deshalb kürzen viele Unternehmer die Stundenlöhne mit dem Verweis, dass ein Großteil des Verlustes ja von der Arbeitsagentur „aufgestockt“ wird. Faktisch werden so Unternehmer durch Arbeitslosengeld II subventioniert.

Rund neun Milliarden Euro kosten diese „Aufstockungszahlungen“ bereits; mehr als ein Drittel der Gesamtkosten für das Arbeitslosengeld II. In der Vergangenheit ist immer viel über Missbrauch von Sozialleistungen spekuliert worden. Dabei ist klar: Die eigentlichen Sozialschmarotzer sind Unternehmer, die ihren Beschäftigten nur Hungerlöhne zahlen. DIE LINKE will diesen Skandal beenden.

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro brauchen alleinstehende Beschäftigte, die mindestens 35 Stunden in der Woche arbeiten, keine zusätzlichen staatlichen Leistungen mehr. Selbst bei einem Arbeitslosengeld II in Höhe von 500 Euro, wie von der Linken gefordert. Auch deshalb ist ein Mindestlohn von 10 Euro notwendig, damit endlich Schluss ist mit den Subventionen für Unternehmer.

Milliarden an Subventionen für die Unternehmer können eingespart werden. Mit dem Geld kann ein Beitrag zur Finanzierung des erhöhten Regelsatzes von 500 Euro geleistet werden!

### **CDU will Mindesteinkommen**

Die CDU/CSU ist gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Weil er angeblich Arbeitsplätze vernichtet. Aber „christliche“ Politiker wollen natürlich niemanden verhungern lassen. Deshalb sind sie für ein „Mindesteinkommen“ das sich zusammensetzt aus dem Lohn und zusätzlichen Leistungen durch das Arbeitslosengeld II, also für einen Kombilohn. Die CDU/CSU akzeptiert dabei, dass unter dem Titel Arbeitslosengeld II immer mehr Unternehmer subventioniert werden.

Es ist grotesk. Die Partei, die immer für die Selbstregulation der Marktwirtschaft eintritt und sich immer wieder stark macht für den Subventionsabbau, lässt sich auf milliardenschwere Unterstützungszahlungen für Unternehmer ein. Über kurz oder lang dürfte auch der CDU/CSU soviel „christliche Nächstenliebe“ zu teuer werden. Die Gefahr besteht dann, dass Arbeitslosengeld II insgesamt gekürzt wird. Die Pläne hierfür liegen längst in der Schublade.

### **Mindestlohn ein Jobkiller?**

„Der gesetzliche Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze,“ so die Union, FDP und Unternehmer. Scheinbar kluge Ökonomen behaupten: Beschäftigte mit niedriger Qualifikation haben eine so niedrige Produktivität, dass Unternehmer sie nicht besser bezahlen können. Sonst gehen die Jobs verloren.

Die spannende Frage: Wie hoch ist die Produktivität der Friseurin? Oder die der Kassiererin im Supermarkt? Ganz einfach, behauptet der schlaue Ökonom: Die Produktivität hängt von den Preisen ab, die der Friseurmeister oder der Supermarktbesitzer Erlösen kann. Für manche Dienstleistungen oder Produkte werden gegenwärtig jedoch sehr niedrige Preise erzielt, nach dem Motto: Geiz ist geil. Deshalb – so wird geschlussfolgert – müssen auch die Arbeitskräfte billig sein, ihre Arbeit sei nicht viel wert.

Aber weshalb ist Geiz geil? Weil viele Menschen zu niedrige Löhne, zu niedrige Gehälter haben. Weil Lohnerhöhungen seit Jahren ausfallen oder zu niedrig sind. Manche Beschäftigte mussten sogar Lohnsenkungen verkraften. Zu viele arbeiten für Hungerlöhne. Da ist klar: Wenn die Menschen immer weniger in der Tasche haben, wird weniger gekauft, die Binnen- nachfrage macht immer mehr schlapp. Und der Preisdruck nimmt zu. Und weil die Preise vielfach gedrückt sind, soll die Arbeit nicht mehr viel wert sein. So beißt sich die Katze in den Schwanz.

Und es droht, dass die Löhne immer mehr sinken! Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn mit 10 Euro!

Im Übrigen ist die Vorstellung, man könne die Produktivität von jedem Einzelnen feststellen ohnehin eine von Ökonomen erfundene fixe Idee. Bei arbeitsteiliger Produktion ist eine solche Abgrenzung nicht möglich. Weder im einzelnen Betrieb, geschweige denn für die gesamte Gesellschaft. Die Arbeit von Reinigungskräften ist für einen Betrieb ebenso notwendig wie die der Manager, und die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern ist für die Gesellschaft so notwendig wie die der Müllabfuhr. Ihre jeweilige Bezahlung ist eine Frage der Wertschätzung und nicht der Wertschöpfung.

Und sie ist vor allem eine Frage der Durchsetzungsfähigkeit. Wenn aufgrund falscher Wirtschaftspolitik Millionen von Menschen Arbeit suchen, wenn sie durch Fortfall jeglichen Zumutbarkeitsschutzes gezwungen sind faktisch jeden Job annehmen zu müssen, dann rauschen die Löhne in den Keller. Unabhängig davon, ob jemand schlecht oder gut qualifiziert ist.

Im Niedriglohnbereich arbeitet nur ein kleiner Teil von Minder- oder Nichtqualifizierten. Zweidrittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung; zehn Prozent sind sogar Akademiker. Nur ein Viertel der Niedriglohnbeschäftigten übt tatsächlich eine einfache Tätigkeit aus. Auch daran sieht man: Die Produktivität der Beschäftigten hat wenig zu tun mit ihrer Bezahlung.

In Großbritannien sanken in den ersten Jahren nach der Einführung des Mindestlohnes die Profite geringfügig. Zuvor hatten die Unternehmer mit Armutslöhnen ihre Taschen zusätzlich vollgestopft. Mit dem Mindestlohn blieb für sie immer noch genug übrig. Zusätzlich ist mit dem Mindestlohn die Arbeitslosigkeit gesunken. Übrigens: Unternehmensvertreter aus Großbritannien erklärten, dass sie für die Einführung des Mindestlohnes gewesen sind, da sie „die Beschäftigten nicht zu sehr ausbeuten wollten.“

Unternehmer die nicht so dicke Profite einsacken, werden die Preise erhöhen. Das wird auch möglich, da alle den Mindestlohn zahlen müssen; Lohndumping wird ausgebremst.

Wirtschaftswissenschaftliche Studien kommen zu dem Ergebnis: Der gesetzliche Mindestlohn bringt mindestens ein Plus von 100.000 Arbeitsplätzen. Weil der Mindestlohn Lohndumping ausbremst. Und auch für mehr Nachfrage sorgt. Bei 10 Euro ergibt sich ein Plus von fast 20 Milliarden Euro an zusätzlicher Nachfrage.

## **Mindestlohn und Ursachen der Niedriglöhne bekämpfen**

Es ist gut, dass die SPD – nicht zuletzt durch den Druck der Linken – mittlerweile für den Mindestlohn eintritt. Es ist jedoch überhaupt nicht absehbar, dass die SPD die von ihr zu verantwortende, verfehlte Politik – die Agenda 2010 – , die Niedriglöhne massiv befördert hat, wieder korrigiert. Leider. Stattdessen wird von Spitzenpolitikern wie Steinbrück, Steinmeier und Struck gefordert, dass man stolz sein müsse auf die sogenannten Arbeitsmarktreformen der Schröder-Ära, insbesondere auf Hartz IV! Stolz auf die Einführung des „offenen Strafvollzuges“ für Erwerbslose! Stolz auf die massive Beeinträchtigung der Tarifautonomie! Stolz darauf, dass sieben Millionen Menschen von Hunger- und Niedriglöhnen leben müssen!

DIE LINKE will den Mindestlohn von 10 Euro. In allen Branchen! Und wir wollen auch die Ursachen für Niedriglöhne bekämpfen. Für Gute Arbeit!